

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beteiligung am Bildungsurlaub erhöhen

Eine aktuelle Studie eines Kooperationsprojektes der Universitäten Hannover und Bremen, der Arbeitnehmerkammer Bremen sowie der Senatorin für Kinder und Bildung stellt die Praxis des Bildungsurlaubs umfassend dar, belegt den vielfachen persönlichen und beruflichen Nutzen und macht konkrete Handlungsempfehlungen an Politik und Sozialpartner. Die Studie weist u.a. aus, dass im Bildungsurlaub viele Beschäftigte erreicht werden, die sonst kaum von Weiterbildung profitieren: Während bei der sonstigen Weiterbildung der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter nur bei 7% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer liegt, macht er beim Bildungsurlaub 30% aus.

Insbesondere für Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter ist der Bildungsurlaub oft die einzige Möglichkeit, Weiterbildungsangebote wahrzunehmen. Obwohl die Mehrheit der Angebote aus dem Bereich der beruflichen Bildung stammt bzw. Schlüsselkompetenzen vermittelt, zeigt die Befragung, dass die Akzeptanz für Bildungsurlaub in den meisten Betrieben gering ist. Dabei gibt es bei der Nutzung des Bildungsurlaubs durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einzelnen Betrieben auch innerhalb des Unternehmens große Unterschiede in den jeweiligen Produktions- und Verwaltungsbereichen. Das sollte sich in Zukunft ändern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. aufzuzeigen, welchen grundsätzlichen Änderungsbedarf er zur Erhöhung der Beteiligung am Bildungsurlaub im Bremischen Bildungsurlaubsgesetz und im Bremischen Weiterbildungsgesetz sieht.
2. zu prüfen, mit welchen konkreten Maßnahmen – wie z. B. der Durchführung von Informationsveranstaltungen und der Bereitstellung von Informationsmaterialien, der Einführung eines Gütesiegels als Anreiz für Unternehmen, der Verwendung eines neuen Begriffs für diese Form der Weiterbildung, um ihn vom Image des Urlaubs zu befreien und/oder der gezielten Ansprache von Unternehmen und Betriebs- und Personalräten – die Akzeptanz und damit auch die Teilnahme an Bildungsurlauben erhöht werden kann.
3. drei Monate nach Beschlussfassung darüber der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten.

Sybille Böschen, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN